

DIE NEUE JÜLICHER

Zeitung für lokale Politik & Kultur

Kommunalwahl • Strukturwandel • Innenstadt • Mobilität • Stadtgespräch • Beteiligung • u.v.m

13. Sep.
Grün
wählen



Ein „martialisch-hässliches“ Zelt (aus dem offenen Brief einer Bürgerin)

Denk! Mal!

Eine Muschel am falschen Standort

Jülich • Die Sichtweisen von Umwelt- oder Klimaschützer*innen und Denkmalschützer*innen decken sich eher selten. Die Ziele sind meist schwer unter einen Hut zu bringen. Im Fall der Veranstaltungshalle „Muschel“ finden sich die GRÜNEN nun plötzlich an der Seite von Denkmalschützer*innen wieder. Eins eint uns in diesem Fall mindestens: Das „Gebäudeungetüm“, wie es Dr. Rüdiger Urban vom Förderverein „Festung Zitadelle Jülich“ bezeichnet, widerspricht jedem ästhetischen Empfinden. Zudem halten wir es immer für sinnvoll, einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen herbeizuführen. Dazu gehört auch, das Verhältnis der Stadt zum Landschaftsverband Rheinland (LVR) nicht mutwillig zu beschädigen. Insbesondere auch, weil wir Fördermittel zur dringend erforderlichen Sanierung des Brückenkopfes benötigen. Angesichts der Diskussionen stimmen die GRÜNEN auch einem Vorschlag von Dr. Urban zu, dass bei Bauten im Bereich der Denkmalbereichssatzung vor der letzten Genehmigung eine Computersimulation zumindest von der Kubatur des zu erwartenden Baues in seinem baulichen Umfeld erfolgen sollte. Denn das Problem ist unserer Meinung nach nicht, dass die Jülicher*innen

generell Änderungen und mutigen, kreativen Projekten kritisch gegenüberstehen, sondern dass diese Halle den Brückenkopf verschandelt. Um den Denkmalschutzbedenken etwas entgegenzusetzen, werden nun absurde Argumente bemüht. Das Veranstaltungszelt schließe sich an eine gewisse Tradition von historischen Bauten an dem gewählten Standort an. Es werde die historisch geplante Bebauung (eine Defensionskaserne) und die historisch tatsächlich erfolgte Bebauung (ein Artilleriewagenhaus) fortgeführt.

Alternativloser Standort?

Will man jetzt nicht unbedingt den historischen Brückenkopf weiterbauen – und das war sicherlich nicht die ursprüngliche Intention – stellt sich die Frage, ob es denn wirklich dieser Standort sein muss. Die GRÜNEN jedenfalls haben sich immer wieder gegen diesen Standort ausgesprochen. Auch Wolfgang Hommel vom Stadtmarketing Jülich e.V. hat in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden Mitte Mai darum gebeten, einen Abbau und eine Verlegung in Erwägung zu ziehen. Eine solche Diskussion lehnt die Stadt aber vehement ab. Angeblich gibt es in ganz Jülich kei-

nen anderen geeigneten Standort. Neben dem Standort sind weitere Fragen offengeblieben. Zum Beispiel soll sich um den Lärmschutz nun im Nachhinein der Architekt kümmern. Aus Sicht der Stadt wird jetzt weniger Lärm nach draußen dringen, weil es im Gegensatz zu früher ein geschlossenes Zelt ist – eine Verbesserung also. Das alte offene Zelt hatte allerdings ca. 400 Sitzplätze, nicht 1.600. Parkplätze sind nach Aussage von Bürgermeister Axel Fuchs zwar nachgewiesen, aber ein Großteil der Besucher*innen der Veranstaltungen wird nachts zum Lindenrondell stapfen müssen. Zu diesem Punkt wurde der SPD ein Parkplatzkonzept in Schriftform zugesagt. Auch das Besucher*innenpotenzial für regelmäßige Großveranstaltungen wurde nicht ausreichend geklärt.

Fliegender Bau?

Daneben liegt die geringe Akzeptanz auch schlicht an mangelnder Transparenz. Auf Nachfrage der GRÜNEN bestätigte Bürgermeister Axel Fuchs im September 2018, Gespräche mit der Denkmalschutzbehörde geführt zu haben. Eine Zelt-Lösung, die sich auch wieder abbauen lasse, sei aus Sicht des Denkmalschutzes unproblematisch. Im Dezember 2018 erteilte Bürgermeister Axel Fuchs in einem Interview mit der Jülicher Zeitung dem fliegenden Bau sogar eine Absage: „Wir wollen wasserdichtes Planungsrecht“, erklärte er. „Die bisherige Zeltkonstruktion ist nämlich nicht nur in materieller Hinsicht ein Provisorium gewesen, sondern auch rechtlich ein ‚fliegender Bau‘, den die Denkmalschützer nach der Landeshauptstadt immer nur geduldet haben“, so die Jülicher Zeitung. Dennoch wurde die Muschel als „fliegender Bau“ errichtet. Denn ein fliegender Bau hatte den Vorteil, die Halle ohne Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans aufbauen zu können. Nun ist die Veranstaltungsfläche doch kein fliegender Bau mehr, weil der Kreis Düren sagt, sie habe zu viele Eigenschaften eines Festbaus und sei damit ohne Genehmigung errichtet. Die entsprechend doch notwendige Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplans wurde

von allen Fraktionen mit Ausnahme der GRÜNEN im Jülicher Stadtrat nach dem Motto „Augen zu und durch“ nachträglich abgesegnet.

Ob nun noch rechtlich gegen diesen Bau vorgegangen wird, stand zum Redaktionsschluss Ende Juni noch nicht fest.

Auf die Nachfragen der GRÜNEN im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss (PUB) hat der Bürgermeister mit dem Vorwurf reagiert, weitere Diskussionen zu dem Thema würden erhebliche Kosten- und Imageschäden verursachen. Womöglich würden sogar Veranstalter deswegen absagen. Läuft es also nicht mit den Großveranstaltungen, ist der Schuldige praktischerweise schon ausgemacht: Die GRÜNEN.

Gravierender aber ist der angerichtete Schaden. Nicht nur dass gesetzestreuen Bürger*innen ein solches Vorgehen nicht zu vermitteln ist und dass das Vertrauen in die Kompetenzen von Politik und Verwaltung erschüttert ist: Die Halle hat auch rund 1 Mio. € gekostet.

Es kann also nur noch um Schadensbegrenzung gehen. Auf die Frage der GRÜNEN, ob ein Abbau technisch möglich ist und wie hoch die Kosten sind, war im PUB Gelächter von den anderen Parteien zu hören. Ob die Jülicher*innen diese Frage auch absurd finden? Der Bürgermeister hat jedenfalls bereits den nächsten Plan für ein Großprojekt, das an einen denkmalgeschützten Bereich angrenzt: das Brainergy Forum 4.0, eine Sanierung und Modernisierung des Rathauses mit Integration eines Bürger- und Konferenzzentrums. Das soll dann endgültig die neue Stadthalle werden. Fest steht mit Sicherheit, dass Standort und Konzept zunächst noch gründlich diskutiert werden müssen. (tik)

Der Redaktionsschluss für diese Zeitung war Ende Juni zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Corona-Lage etwas entspannt hatte. Die GRÜNEN hoffen sehr, dass es keine zweite Welle gibt und nicht viele weitere Menschen erkranken. Auch der Wahlkampf würde dann durch erneut notwendige Einschränkungen beeinträchtigt. Zugleich möchten wir dazu aufrufen, die Solidarität und den Gemeinsinn, deren Bedeutung wir in dieser Krise gesehen haben, auch weiterhin zu zeigen.